



Stadtratsfraktion der  
Sozialdemokratischen Partei Thun

Gemeinderat der Stadt Thun  
Rathaus, 3602 Thun

Per E-Mail zugestellt an [gemeinderat@thun.ch](mailto:gemeinderat@thun.ch).

Thun, 14. August 2019

## **Eingabe der SP-Fraktion zum Klimaschutz der Stadt Thun**

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin De Meuron, liebe Andrea  
Sehr geehrte Herren Gemeinderäte, liebe Kollegen

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, dem Gemeinderat konkrete Klimaschutz-Massnahmen der Stadt Thun vorzuschlagen. Es ist von höchster Wichtigkeit, dass sich die Politik auf allen Ebenen ernsthaft mit Massnahmen befasst, die internationalen Klimaschutzabkommen umzusetzen und die Klimaschutzziele bis spätestens 2050 zu erreichen. Die bereits eingetretenen und die wissenschaftlich prognostizierten Klimaveränderungen wirken sich nicht nur auf die Natur nachteilig aus, sondern auch auf die Menschen:

- Über lange Zeit ertragreiche Regionen drohen auszutrocknen, was die Ernährungssicherheit gefährdet.
- Extreme Wetterphänomene wie Hurrikans und Hagelgewitter bringen Tod, Verwüstung und Milliarden Schäden.
- Das Ansteigen des Meeresspiegels kann zur Entvölkerung von zum Teil dicht besiedelten Küstenregionen und damit zu Migrationsströmen in bisher nie dagewesenem Ausmass führen.
- Die für Europa und damit auch für die Schweiz wohl einschneidendste Klimaveränderung könnte eine Umkehr des Golfstroms sein, was klimatische Bedingungen verglichen mit Alaska oder Sibirien zur Folge hätte.
- Es drohen der Menschheit die Zerstörung von Infrastrukturen in gigantischem Ausmass, Hungersnöte, Wirtschaftskrisen und ein neuer Weltkrieg.

Die SP-Fraktion hat bei den nachstehenden konkreten Vorschlägen zum Schutz des Klimas bewusst darauf verzichtet, sie auf die Umsetzbarkeit, die finanzielle Tragbarkeit und die rechtliche Zulässigkeit hin zu überprüfen. Dies einerseits deshalb, weil bei allen drei Vorgaben unterschiedliche politische Einschätzungen zum Tragen kommen. Andererseits aber auch, weil sich übergeordnete Vorgaben ändern können, was die Umsetzbarkeit und die rechtliche Zulässigkeit beeinflusst.

Wir gliedern unsere Vorschläge in mehrere Kapitel im Bewusstsein, dass vieles miteinander zusammenhängt und kaum alles gleichzeitig realisierbar ist. Umso wichtiger ist eine regelmässige Kommunikation und die Möglichkeit, im Sinne eines iterativen Prozesses jederzeit neue Vorschläge aufzugreifen, z.B. aufgrund neuer internationaler oder auch lokaler Erkenntnisse sowie aufgrund des technologischen Fortschritts.

### **1. Institutionelle Vorschläge**

- a) Der Gemeinderat hat seine Verantwortung wahrzunehmen und soll seine politischen Möglichkeiten vollumfänglich ausschöpfen, um die Stadt Thun zu einer Vorzeigestadt bezüglich klimabewusstem Handeln zu entwickeln. So soll beispielsweise alles bereits Angedachte und Geplante prioritär, konsequent und zeitnah umgesetzt werden.
- b) Der Stadtrat soll sich an einer Sondersitzung mit dem Klimaschutz befassen. In diesem Sinne ist die vorliegende Eingabe der SP-Fraktion politisch als Postulat zu verstehen (bewusst nicht formaljuristisch, damit der Gemeinderat die Möglichkeit hat, alle Klimaschutzangaben von Stadtratsmitgliedern und eigene Vorschläge in geeigneter Weise dem Stadtrat zur Diskussion und zum Entscheid vorzulegen).

- c) Der Gemeinderat soll eine ständige Kommission einsetzen, die sich mit dem Klimaschutz befasst und ähnlich wie die Kadettenkommission sowohl nach dem Parteienproporz zusammengesetzt ist als auch mit Fachpersonen aus ausserparlamentarischen Organisationen. Die Klimaschutzkommission soll der Direktion FiRU angegliedert sein und im Sinne eines permanenten partizipativen Prozesses Vorschläge aus der Bevölkerung und von Fachorganisationen prüfen und Anträge an den Gemeinderat stellen. Zudem soll die Klimaschutzkommission mit einem Budget ausgestattet werden, das die weiträumige Vernetzung sowie den punktuellen Einbezug von Expert\*innen ermöglicht.
- d) Der Gemeinderat soll künftig bei allen Kreditgeschäften und bei der Beantwortung aller Vorstösse in einem eigenständigen Absatz analog zu den Verhältnissen zu den Legislaturzwecken das Verhältnis zum Klimaschutz aufzeigen.
- e) Der Gemeinderat soll sich vertieft damit befassen, mit Anreizen und Bonus-/Malus-Systemen die Wirtschaft und die Einwohner\*innen zu klimafreundlicherem Verhalten zu animieren.
- f) Der Gemeinderat soll sich in allen regionalen Gremien (ERT/WRT etc.), bei allen Beteiligungen (STI, Energie Thun, AVAG etc.) und Dritten (Burggemeinde, etc.) für den Klimaschutz einsetzen und konkrete Vorschläge einreichen, die den Klimaschutz in der Region Thun verbessern.

## **2. Generelle Massnahmen**

- a) Der Ortsplanungsprozess ist in Bezug auf den Klimanotstand zu überprüfen und wenn nötig anzupassen. So soll beispielsweise die Möglichkeit einer Klima-ZPP überprüft werden.
- b) Die Stadt soll ihren Anteil an Grundeigentum erhöhen, um sich mehr Spielraum für nachhaltiges Bauen zu verschaffen.
- c) In städtischen Liegenschaften mit Gewerbenutzung sollen bei Mieter\*innenwechseln Bewerbungen von Unternehmen mit nachhaltigen Grundsätzen bevorzugt werden.
- d) Die städtischen Gerätschaften (Stadtgrün, AfS etc.) sollen auf ihre Klimaverträglichkeit überprüft und allenfalls ersetzt werden.
- e) Beim gesamten städtischen Beschaffungswesen sind klimarelevante Punkte in höchster Priorität zu beachten – auch das klimabewusste Verhalten der Zulieferer\*innen.
- f) Die Stadt Thun betreibt einen institutionalisierten Erfahrungsaustausch zum Thema Klimaschutz mit anderen Städten in der Schweiz.
- g) Die Smart-City-Aktivitäten sind zu forcieren und laufend auszubauen.

## **3. Vorschläge im Bereich Energie**

- a) Alle Gebäude im Eigentum der Stadt Thun und der städtischen Pensionskasse sollen in den kommenden Jahren sofern erforderlich energetisch saniert werden. Die Gesamtbilanz aller städtischer Gebäude soll CO<sub>2</sub>-neutral sein. Da dies bei bestehenden Gebäuden nicht immer möglich ist, weil sie zum Beispiel denkmalgeschützt sind, müssen zwingend neue Gebäude die heute geltenden Energievorschriften massiv unterschreiten, damit diese sehr guten Gebäude die schlechten Gebäude kompensieren können. Neubauten sollen zwingend Plus-Energie-Bauten sein.
- b) Die Stadt Thun soll im Rahmen des überkommunalen Energierichtplans einen Förderfonds einrichten, so wie es ursprünglich vorgesehen war und in einem Vorstoss bereits gefordert wird.
- c) Bei der Revision des städtischen Baureglements sind griffige Artikel aufzunehmen, die es der Stadt ermöglichen, die Bauherrschaften im Rahmen der übergeordneten Gesetzgebung zur bestmöglichen Energieversorgung zu verpflichten, z.B. beim Ersatz von Ölheizungen zwingend zu einer klimaschonenderen Heizung zu wechseln.
- d) Bei sämtlichen Arealentwicklungen sind Plus-Energie-Areale mit minimalstem CO<sub>2</sub>-Ausstoss anzustreben. Um beim Bauen möglichst wenig graue Energie zu verbrauchen, soll möglichst wenig Beton und möglichst viel lokales Holz verwendet werden.
- e) Die Stadt Thun soll ab sofort nur noch erneuerbare Energie beziehen. Wo dies nicht möglich ist, muss anhand eines Absenkpfad auf angezeigt werden, wie dies bis spätestens 2030 realisiert wird. Werden Zwischenziele nicht erreicht, muss dies mit entsprechenden Massnahmen korrigiert werden, um den Absenkpfad einzuhalten.
- f) Der Gemeinderat soll der stadteigenen Energie Thun AG die Vorgabe auferlegen, nur noch erneuerbare Energien anzubieten.
- g) Die Stadt soll Möglichkeiten zur vermehrten Förderung von Fernwärme prüfen, sowohl bei der Produktion als auch beim Absatz.
- h) Die Stadt Thun soll die von Bund, Kanton und Weiteren zur Verfügung gestellten Mittel für Förderbeiträge bei Gebäudesanierungen maximal ausnutzen.

- i) Der Betrieb von energieintensiven privaten Wellness-Anlagen (Saunen, Hallenbäder etc.) soll verboten oder mit Auflagen belegt werden.
- j) Grünabfälle sollen nicht mehr kompostiert werden, sondern zu Biogas verarbeitet werden. Ebenso soll in enger Absprache mit Pro Natura ein Teil von Astwerk in stadteigenem Wald nicht mehr liegengelassen, sondern zum Heizen und zum Verarbeiten in Biogas genutzt werden.
- k) Mit Ausnahme von denkmalgeschützten Objekten sollen alle städtischen Gebäude mit Photovoltaik- und Solarthermie-Anlagen ausgerüstet werden.
- l) Das Tiefbauamt soll keine Laubbläser mehr einsetzen, sondern klimafreundlich mit Besen wischen.
- m) Der Energieverbrauch der öffentlichen Beleuchtung soll massiv reduziert werden, beispielsweise mit dem (vermehrten) Einsatz von Bewegungssensoren. Diese Massnahme würde gleichzeitig auch die Lichtverschmutzung reduzieren.
- n) Die Saison der Kunsteisbahn soll entsprechend der klimatischen Entwicklung verkürzt werden.
- o) Die Wassertemperatur in den geheizten Becken im Strämu soll auf maximal 22 Grad reduziert werden.

#### **4. Vorschläge im Bereich Verkehr**

- a) Im ganzen Siedlungsgebiet der Stadt soll generell Tempo 30 eingeführt werden.
- b) Die Stadt Thun soll unverzüglich alle Langsamverkehrsmassnahmen umsetzen, die im Rahmen des Agglo-Programms als flankierende Massnahmen zum Bypass festgeschrieben wurden.
- c) Im institutionalisierten Austausch mit den Fachorganisationen Pro Velo, Fussverkehr und VCS sollen die Langsamverkehrsverbindungen permanent und nachhaltig verbessert werden.
- d) Klimarelevante Massnahmen im Gesamtverkehrskonzept (GVK) sollen priorisiert werden.
- e) Das Netz für Ladestationen der Elektromobilität ist zu verdichten. Es darf nur erneuerbare Energie angeboten werden.
- f) Die Stadt der kurzen Wege ist umzusetzen.
- g) Das Velo-Sharing-Angebot (zurzeit Velospot) soll modernisiert und ausgebaut werden.
- h) Die Stadt soll Fahrgemeinschaften und Car-Sharing-Modelle aktiv fördern, wobei auch die entsprechenden neuesten Technologien einzubeziehen sind.
- i) Der Fahrzeugpark der Stadt soll den Vorgaben des Pariser Klimaabkommens entsprechen.
- j) Sämtliche Parkplätze der städtischen Immobilien sollen bewirtschaftet werden (auch diejenigen für Angestellte). Die Tarife sollen überprüft und allenfalls auf marktübliche Preise angehoben werden. Arbeitsbedingte Fahrten sollen soweit möglich mit dem Langsamverkehr vorgenommen werden.
- k) Parkuhren der Stadt und der Parkhaus Thun AG sind auf Solarbetrieb umzurüsten, allenfalls durch Ersatzbeschaffungen.
- l) Die Parkplatzgebühren sollen im ganzen Stadtgebiet erhöht werden (inkl. Parkhäusern). Zudem sollen die Gebühren in den städtischen Parkhäusern gewichtsabhängig ausgestaltet werden. XXL-Parkplätze sollen auf ein absolutes Minimum reduziert und dafür die Anzahl Behindertenparkplätze erhöht werden. Zudem sollen Parkplätze für besonders kleine Fahrzeuge bereitgestellt werden (mit entsprechend reduzierten Tarifen).
- m) Die Stadt soll Park-and-Ride-Angebote schaffen.
- n) In der Innenstadt ist für den motorisierten Individualverkehr die Einführung von Road Pricing zu prüfen.
- o) Das Tiefbauamt soll neue Strassenbeläge prüfen, beispielsweise weissen Asphalt oder Strassenbeläge aus recyceltem Plastik, wobei nicht ein Problem durch ein anderes abgelöst werden soll (Stichwort Mikroplastik).
- p) Schulreisen und beruflich bedingte Reisen des Gemeinderats und von Verwaltungsangestellten an weit entfernte Orten sollen nicht mit dem Flugzeug erfolgen, sondern mit dem Zug. Hierzu soll der Gemeinderat auch seinen Einfluss auf die Tertiärstufe geltend machen.
- q) Die Stadt soll „bike to work“ und „walk to school“ fördern. In diesem Sinne soll die Stadt auf eine Minimierung der „Elterntaxis“ hinwirken.
- r) Das STI-Stadtnetz soll verdichtet werden (mind. 15-Minuten-Takt, besonders auch frühmorgens zu den ersten Zugverbindungen) und für alle unentgeltlich sein.
- s) In der Innenstadt soll die Stadt die Voraussetzungen für Rikscha-Personenfahrten von A nach B schaffen und allenfalls den (digital organisierten) Betrieb selbst aufbauen, dies wenn möglich im Rahmen eines Beschäftigungsprogramms (Rikschas würden auch die Attraktivität der Innenstadt erhöhen).

- t) Bootsplätze sollen nur noch an Boote mit Elektromotor abgegeben werden; hierzu soll die Stadt bei der Sanierung der Hafenanlage im Lachen die entsprechende Infrastruktur bereitstellen. Bestehende Bootsplatzmieter\*innen sollen dazu angehalten werden, innert fünf Jahren ihre Motoren zu ersetzen. Zudem soll sich die Stadt auf kantonaler Ebene für ein mittelfristiges Verbot von Verbrennungsmotoren auf den Seen im Kanton Bern einsetzen.

## **5. Vorschläge im Bereich Ernährung**

- a) Die Stadt soll sämtliche Detailhandels- und Gastronomie-Unternehmen dazu anhalten, die Lebensmittel- und Verpackungsverwendung soweit möglich einzudämmen, z.B. indem sie von Kund\*innen selbst mitgebrachte Behälter zulassen. Die Stadt soll entsprechende bestehende oder neu zu schaffende Strukturen aktiv unterstützen.
- b) Bei Veranstaltungen und Apéros der Stadt Thun sollen ausschliesslich klimafreundliche Lebensmittel und Getränke angeboten werden (biologisch, regional, fleischlos, vegetarisch/vegan).
- c) In sämtlichen Kaffee- und Pausenräumen der Stadtverwaltung (inkl. Thunerhof) und der Schulen auf Thuner Boden sollen nur noch nachhaltig produzierte Lebensmittel und Getränke angeboten werden.
- d) Bäuerinnen und Bauern auf städtischem Land sollen nach einigen Umstellungsjahren nur noch nachhaltig produzieren dürfen (biologisch/Demeter). Die Pächter\*innen sollen für andere Bäuerinnen und Bauern Beispiele dafür sein, wie nachhaltige Landwirtschaft betrieben werden kann (z.B. mit Futtermittelzusätzen, die bei Kühen zu geringerem Methan-Ausstoss führen).
- e) Die Stadt soll den Direktabsatz von Bäuerinnen und Bauern mit nachhaltiger Produktion fördern, z.B. mit reduzierten Markt-Gebühren oder mit dem Subventionieren des entsprechenden Vertriebs direkt in die Haushalte (z.B. Collectors).

## **6. Vorschläge im Bereich Natur**

- a) Die Stadt soll mit vorhandenen und allenfalls neu zu schaffenden Instrumenten grüner gemacht werden: Dächer, Fassaden, Strassenräume, Parkplätze. Insbesondere soll mehr Humus in die Stadt kommen, damit sich Grünflächen in allen Grössen möglichst vielfältig und nachhaltig entwickeln können.
- b) Die Stadt soll die Voraussetzungen dafür schaffen, dass zumindest bei Neuüberbauungen vertikale Gärten angelegt werden können.
- c) Dem Fördern der Biodiversität soll eine hohe Priorität eingeräumt werden. Hierzu sollen unter anderem städtische Rasenflächen soweit möglich durch Naturwiesen ersetzt werden.
- d) Auf Kreiseln sollen Bäume gepflanzt und auf Verkehrsinseln und an Trottoirrändern Trockenwiesen angelegt werden (soweit möglich auch Bäume).
- e) In Teilen der städtischen Parkanlagen soll mehr Naturnähe geschaffen werden, z.B. mit Trocken- oder Sumpfwiesen.
- f) Alle städtischen Flächen, die nicht aktiv genutzt werden, sind naturnah und standortgerecht zu bepflanzen.
- g) Die Stadt soll dem Schutz alter Bäume eine hohe Prioritätsstufe einräumen.
- h) Ersatz von Bäumen und Neupflanzungen soll mit möglichst grossen Bäumen erfolgen, damit die erwünschte positive Wirkung auf das Klima raschmöglichst erfolgt. Zudem sollen Bäume nicht mehr klein geschnitten werden, sondern möglichst gross werden können.
- i) Die Stadt soll umgehend grosse Bäume pflanzen, wo sich gute Gelegenheiten dafür bieten, z.B. an der Weststrasse, rund um Schulbauten und beim Aarefeld-Parkplatz.
- j) Die Stadt soll mindestens einmal im Jahr die Bevölkerung zu Baumpflanztagen aufrufen und die Voraussetzung schaffen, dass Schüler\*innen mindestens einmal die Gelegenheit haben, einen Baum zu pflanzen.
- k) Stadeigener Wald soll als CO<sub>2</sub>-Speicher optimiert werden. Nicht die Ökonomie soll im Vordergrund stehen, sondern die Ökologie. In diesem Sinnen sind auch private Waldbesitzer\*innen zu informieren und zu beeinflussen, z.B. mit Anreizen, um die Waldbewirtschaftung dauerhaft auf Nachhaltigkeit umzustellen.
- l) Die Stadt soll mehr Naturschutzgebiete mit möglichst viel Sumpfteil errichten (wie im Gwattmösl).
- m) In den Quartieren soll die Stadt gemeinsam mit den Leisten „Urban gardening“ aktiv fördern.
- n) Das überwiesene Postulat aus dem Jahr 2012 zu den Kombidächern soll endlich umgesetzt werden.
- o) Die Stadt soll keine weiteren Kunstrasenfelder anlegen.

## **7. Vorschläge im Bereich Bildung**

- a) Klimabildung in der Schule soll von der Stadt aktiv unterstützt werden. Hierzu soll die Stadt unter anderem andere Fachleute als Unterstützung für die Lehrkräfte zur Verfügung stellen.
- b) Die Stadt soll sich dafür stark machen, dass in den Schulen ein Projekt eingeführt wird, das Anleitungen enthält für einen Monat klimafreundliche Ernährung. Das Ziel soll sein, dass sich Familien einen Monat im Jahr klimabewusster ernähren sowie ihren Lebensstil auf Klimaverträglichkeit überprüfen und soweit möglich temporäre oder nachhaltige Anpassungen vornehmen.
- c) Die Stadt soll Gärten für die Schulen zur Verfügung stellen, damit diese mit den Kindern pflanzen und ernten können.
- d) Die Stadt Thun hat Schulhäuser so zu sanieren und zu bauen, dass die Bauten den Lehrpersonen und den Schüler\*innen dauerhaft sicht- und wahrnehmbar als gute Beispiele für den Klimaschutz durch nachhaltige Gebäude dienen.
- e) Die Stadt soll in Zusammenarbeit mit Naturschutzorganisationen und anderen spezialisierten Institutionen und Unternehmen Bildungsangebote zum Klimaschutz anbieten (z.B. Kochkurse, Kurse für Gartenbau, Flicker & Reparieren, Umstellen auf klimafreundlicheres Verhalten etc.).

## **8. Vorschläge im Bereich Veranstaltungen**

- a) Das städtische Veranstaltungsbüro im Polizeiinspektorat soll sämtliche Events auf die Klimafreundlichkeit überprüfen und bei Mängeln entsprechende Auflagen erteilen.
- b) An der offiziellen 1.-August-Feier der Stadt Thun sollen künftig anstelle von Feuerwerk Lichtshows zum Einsatz kommen. Das Feuerwerkverbot soll von der Innenstadt auf das ganze Stadtgebiet ausgedehnt werden.

## **9. Vorschläge im Bereich Wirtschaft**

- a) Die Stadt soll Unternehmen fördern, die an alternativen Antriebsformen arbeiten.
- b) Die Stadt soll jährlich einen Klimapreis an ein Unternehmen vergeben, das sich durch besonders klimafreundliches Verhalten auszeichnet.
- c) Stadteigene Gewerberäumlichkeiten sollen nicht nur renditeorientiert vermietet werden, sondern an Unternehmen mit innovativen, klimafreundlichen Produktionsweisen und Dienstleistungen.
- d) Die Stadt soll prüfen, das „Repair-Café“ häufiger anzubieten.
- e) Die Stadt soll Stationen schaffen für Bring- und Holtage im Kleinen (permanent bestehende Container, wo die Waren hingbracht und abgeholt werden).

## **10. Vorschläge im Bereich Finanzen**

- a) Die Stadt Thun soll nur noch mit Geldinstituten zusammenarbeiten, die eine nachhaltige Strategie verfolgen.
- b) Die Pensionskasse der Stadt Thun soll ihre Anlagestrategie mit dem Ziel überprüfen, nur noch nachhaltige Finanzanlagen zu tätigen.
- c) Die Stadt Thun soll ihr Beteiligungsportfolio überprüfen und klimaschädliche Beteiligungen veräussern – oder dahingehend auf das Unternehmen einwirken, dass es seine Strategie im Sinne des Klimaschutzes anpasst.

## **11. Vorschläge im Bereich Kommunikation**

- a) Die Stadt Thun soll auf ihren Kommunikationskanälen die Bevölkerung aktiv darüber informieren, wie eine möglichst klimafreundliche Lebensweise angestrebt werden kann. Sie soll gute Beispiele aufzeigen, z.B. wie man Häuser zu Plus-Energiebauten sanieren kann oder wie man naturnahe Gärten anlegt. Zudem soll in Porträts mit Thuner\*innen nachhaltiges Wohnen aufgezeigt werden, nachhaltige Mobilität und nachhaltige Gastronomie.
- b) Innerhalb der Stadtverwaltung (Direktion FiRU) soll eine Klimaberatungsstelle geschaffen werden, die von der Bevölkerung und der Wirtschaft kostenlos oder zu einem geringen Tarif genutzt werden kann, um sich konkrete Anregungen für ein klimafreundlicheres Wirtschaften und Leben einzuholen.
- c) Alle Bauherrschaften sind primär mit guter Beratung, ev. in Zusammenhang mit sinnvollen, effizienten Förderprogrammen, von der Energetischen Sanierung der Liegenschaften zu überzeugen.
- d) Der Gemeinderat soll die Einwohner\*innen über die Ausrufung des Klimanotstandes informieren. Ebenso, wo Interessierte vertiefte Informationen zum Thema erhalten können. Mit dem regelmässigen Erstellen von Merkblättern soll die Stadt dafür sorgen, dass das Thema aktuell bleibt und den Einwohner\*innen anhand von anschaulichen Beispielen Möglichkeiten

des individuellen Klimaschutzes aufzeigen (z.B. Einkaufen mit Mehrwegbehältern, Möglichkeiten von Share-Angeboten).

Abschliessend verweist die SP-Fraktion darauf, dass bereits einiges an Literatur vorhanden ist, in der kommunale Handlungsmöglichkeiten zum Klimaschutz aufgezeigt werden. Die Stadt Thun soll sich bei ihren Handlungen nicht nur daran orientieren, sondern soll mit Leuchtturmprojekten künftig Eingang in die entsprechende Literatur finden.

Wir danken dem Gemeinderat für das eingehende Prüfen unserer Vorschläge.

Freundliche Grüsse

Alice Kropf  
Co-Präsidentin SP-Fraktion

Franz Schori  
Co-Präsident SP-Fraktion